



# Landtags-Infoblatt

## Pflege: Deshalb drohen neue Massensteuern

**Klimt-Weithaler (KPÖ): Landesregierung weicht wesentlichen Fragen in der Pflege aus und setzt Fehler fort**

**In der Landtagssitzung am 8. Mai 2018 wurde eine Änderung des steirischen Sozialhilfegesetzes beschlossen, in der es um die Pflege geht. Die KPÖ stimmt gegen die Neuregelung, da das bestehende Modell der Subventionierung privater Profite mit Steuergeld („Normkostenmodell“) fortgeschrieben und den wesentlichen Fragen im Zusammenhang mit der Pflege ausgewichen wird.**

In den Neuerungen geht es zum Teil um Anpassungen, welche durch die Abschaffung des Pflegegeldes auf Bundesebene notwendig geworden sind. Auch die Ergebnisse der Verhandlungen von Landesrat Drexler mit den ge-

winnorientierten Pflegeanbietern fließen ein. „Landesrat Drexler hat in den Verhandlungen mit den profitorientierten Heimbetreibern fast nichts erreicht. Letztendlich müssen die Steirerinnen und Steirer mit Steuergeld weiterhin private Gewinne finanzieren, wodurch die Pflegekosten stark steigen. Öffentliche und gemeinnützige Anbieter sind günstiger, wie der Landesrechnungshof nachgewiesen hat. Nun wird dieses teure Modell fortgeschrieben, statt neue Wege in der Pflege zu gehen“, warnt KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler vor den Auswirkungen des neuen Sozialhilfegesetzes.

In keinem österreichischen Bundesland gibt es so viele stationäre Pflegeheime wie in der Steiermark, es sind über 200. Beinahe zwei Drittel von ihnen arbeiten profitorientiert. Für sie waren die Bedingungen in den vergangenen Jahren äußerst günstig. Lagen die Ausgaben des Landes und der Gemeinden für die gewinnorientierten Heime 2005 noch bei **96 Mio. Euro**, sind sie 2013 auf **267 Mio. Euro** angestiegen und haben sich damit **in nur acht Jahren beinahe verdreifacht** – und das, ob-



KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler in der Mai-Sitzung des Landtags

wohl angeblich keine hohen Gewinne mehr zu erzielen seien. Im selben Zeitraum sind die Kosten für die landeseigenen Heime nur um **58 % gestiegen**. Darauf wies der Landesrechnungshof bereits vor vier Jahren hin.

Besonders schwer wiegt, dass es in der Steiermark nach wie vor keine gesetzliche Regelung für Tageszentren gibt. Dies würde nicht nur Familien entlasten, sondern auch die Kosten senken. „Bei den Kosten sind wir Spitze, beim Personalschlüssel leider nicht“, fasste Klimt-Weithaler das steirische

Pflegedilemma zusammen. Auch die Kontrollen der Heime werden weiterhin weder an Wochenende noch in der Nacht stattfinden.

„Wenn wir die eingeschlagene Richtung nicht ändern, wird es schon bald zu neuen Belastungen der Bevölkerung kommen“, warnte die KPÖ-Klubobfrau, da die einseitige Bevorzugung stationärer Pflege in Heimen festgeschrieben wird. ÖVP-Landesrat Drexler drohte in der Debatte bereits mit einer Pflegeabgabe: „Wir werden eine nachhaltige, einnahmenseitige Finanzierung der Pflege brauchen.“

# Fernwärme: Noch heuer Teuerung

**KPÖ-Dringliche im steirischen Landtag – LAbg. Werner Murgg: „Bevölkerung soll teures Prestigeprojekt mit hohen Heizkosten bezahlen“**

**Haushalten im Großraum Graz droht noch in diesem Jahr eine Erhöhung des Fernwärmepreises um 5,6 Prozent. Und das ist nur der Anfang einer Teuerungswelle, warnt KPÖ-LAbg. Werner Murgg. Der Grund dafür war am 6. März Thema einer Dringlichen Anfrage der KPÖ an LH-Stellvertreter Michael Schickhofer (SPÖ).**



Der Fernwärmebedarf in Graz beträgt an kalten Tagen ca. 520 MW. Derzeit wird der Bedarf vor allem durch das Verbund-Kraftwerk in Mellach (230 MW) gedeckt, weitere Einspeiser sind das Fernheizkraftwerk Puchstraße (185 MW), Sappi in Gratkorn (35 MW) und

weitere kleinere Fernwärme-Erzeuger.

2020 läuft der Vertrag zwischen dem Verbund und der Energie Steiermark aus. Ob Mellach danach weiter Fernwärme ins Grazer Netz einspeisen wird, ist offen. Um den Bedarf decken zu können, könnte die Energie Steiermark Fernwärme über die geplante Anlage namens BIG Solar

decken. Nicht nur deren Errichtungskosten sind sehr hoch, auch der Erzeugungspreis würde weit über jenem der bestehenden Anlagen liegen. Somit wäre eine starke Preiserhöhung unumgänglich. LH-Stellvertreter Schickhofer betonte aber in seiner Anfragebeantwortung, dass BIG Solar nur dann als Partner der Energie Steiermark in Frage kommt, wenn zu konkur-

renzfähigen Preisen produziert werden kann. Dies sei nur mit einer finanziellen Beteiligung des Bundes möglich.

LAbg. Werner Murgg: „Wir treten für eine vernünftige Einigung mit dem Verbund über eine Fernwärmeleitung über 2020 hinaus ein. Dafür sollte eine zweite Fernwärmeleitung von Mellach nach Graz errichtet werden. Prestigeprojekte wie BIG Solar würden die Grazer Bevölkerung teuer zu stehen kommen.“

Um einer starken Preiserhöhung bei der Fernwärme einen Riegel vorzuschieben, forderte die KPÖ Eigentümerversprecher LH-Stv. Schickhofer auf, sich bei der Energie Steiermark dafür einzusetzen, den Fernwärme-Arbeitspreis für Haushalte langfristig unterhalb der jeweiligen Verbraucherpreisindex-Steigerung zu halten. In einem weiteren Antrag forderte die KPÖ auch den Bau einer zweiten Fernwärmeleitung von Mellach nach Graz, um den zu erwartenden Mehrbedarf an Fernwärme auch über 2020 hinaus abzudecken zu können, sowie die Verlängerung der Verträge mit dem Verbund. Die Forderungen wurden von allen anderen Parteien abgelehnt.

## Verschlechterung bei steirischer Kinder- und Jugendhilfe droht

Seit 2015 arbeiten die „Modellbezirke“ Bruck-Mürzzuschlag und Voitsberg nach dem neuen „Jugendwohlfahrt Neu“-Konzept (JUWON), das mit „flexiblen Hilfen“ agiert. Ziel soll eine wirkungsvollere, günstigere und qualitätsvollere Arbeit sein. Die KPÖ war aufgrund der Erfahrungen mit der Sozialraumorientierung in Graz skeptisch. Von Seiten der Regierung wurde eine externe Evaluation in Auftrag gegeben. Diese liegt nun vor und enthält viele kritische Einwände, die in der Vorlage für den Landtag verschwiegen und ignoriert werden.

In der Regierungsvorlage werden selektiv ausschließlich positiv bewertete Aspekte herausgegriffen und zur Grundlage für die flächendeckende Umsetzung des Konzepts gemacht. Die negativen Aspekte werden einfach übergangen. Die KPÖ hat deshalb gegen die Neuerungen in der Kinder- und Jugendhilfe gestimmt. In der Evaluierung kommen weder die Kinder und Jugendlichen zu Wort, um die es eigentlich

geht, noch jene Vereine, die vor der Einführung des neuen Konzepts in der Jugendhilfe in den Bezirken tätig waren. Interviews wurden hingegen mit Vertreterinnen und Vertretern der Bezirkshauptmannschaften und anderen direkt Involvierten gemacht. „Das ist so, als würde ich eine Studie über steirische Politik machen und als unabhängige Experten zu Beginn LH Schützenhöfer und LH-Stv. Schickhofer befragen. Mit deren Wissen erstelle ich dann einen Fragebogen, den ich wiederum Hermann Schützenhöfer und Michael Schickhofer zum Beantworten vorlege“, verdeutlichte KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler in der Debatte die methodischen Mängel der Studie.

Kritische Worte findet die Evaluierung zum geplanten Case Management. Dieses sei gerade bei den oft komplexen Problemen der betroffenen Kinder und Jugendlichen schwer umsetzbar. Dafür wird nahegelegt, „schwierige Fälle“ schnell aus dem System zu

entfernen – ein schockierender Zugang, immerhin geht es um das Wohl von Kindern und Jugendlichen.

In der Praxis steigt auch der bürokratische Aufwand erheblich, wie die Studie hervorhebt. So sei viel mehr Zeit für Dokumentation notwendig, auch falle die präventive Arbeit weg. Eine Vernetzung mit Polizei, Schulen, Politik, AMS und der Bevölkerung finde nicht statt. Das alles wird in der Regierungsvorlage als „Ergebnis der Evaluation“ verschwiegen.

Claudia Klimt-Weithaler: „Wir sehen hier die gleichen Auswirkungen wie in der Sozialraumorientierung: Die Falldauer ist kürzer geworden, der bürokratische Aufwand ist so weit gestiegen, dass für die MitarbeiterInnen andere Tätigkeiten als die direkte Fallbetreuung nicht mehr möglich sind. Für Prävention bleibt keine Zeit und wohl auch kein Geld. Das zeigt, dass es sich in erster Linie um eine Sparmaßnahme handelt, nicht um eine Verbesserung des Systems.“

## Spitalsstruktur im Bezirk Liezen erhalten!

Im Zuge der „Spitalsreform“ sollen die derzeit bestehenden Spitalstandorte Bad Aussee, Rottenmann und Schladming stillgelegt und stattdessen ein einziges „Leitspital“ errichtet werden. Dies stößt bei einer Mehrheit der Steirerinnen und Steirer auf Ablehnung.

Die Spitäler in Bad Aussee und Schladming sind in einem sehr guten Zustand, das LKH Rottenmann wurde in einzelnen Bereichen erst kürzlich saniert. Die Errichtung des neuen „Krankenhauses Ennstal“ soll mindestens 350 Millionen Euro kosten.

Die Schließung der Spitäler in Bad Aussee, Rottenmann und Schladming würde lange Anfahrtswege für Bedienstete, PatientInnen und deren Angehörige verursachen. Für die KPÖ stellte LAbg. Werner Murgg in der Landtagssitzung am 10. April 2018 den Antrag, die derzeit bestehende Spitalsstruktur im Bezirk Liezen zu erhalten. **Der Antrag fand keine Mehrheit, da SPÖ, ÖVP und Grüne dagegen stimmten.**

# „Spitalsreform“ stößt auf Ablehnung: KPÖ fordert Neustart

Claudia Klimt-Weithaler: „Gesundheitssystem braucht Verbesserungen statt Kahlschlag“

Die am 20. März in einer steirischen Tageszeitung veröffentlichte Umfrage zur „Spitalsreform“, die unter anderem die Schließung des Großteils der öffentlichen Krankenhäuser zugunsten weniger „Leitspitäler“ vorsieht, stößt bei einer deutlichen Mehrheit der Steirerinnen und Steirer auf Ablehnung. KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler nimmt das zum Anlass, an ihre Forderung nach einem Neustart der Reform zu erinnern.

W eil die Landesregierung das Budget nicht im Griff hat, soll die medizinische Versorgung im gesamten Bundesland reduziert werden, in manchen Regionen wie dem Bezirk Liezen auf ein Minimum. Die KPÖ hat von Anfang an vor den Folgen der „Spitalsreform“ von Gesundheitslandesrat Drexler (ÖVP) gewarnt.

„Gesundheit ist eine öffentliche Verantwortung und kein Feld für Budgetexperimente. So wie die Spitalsreform jetzt geplant ist, kann für die Steiermark nichts Gutes herauskommen. Deshalb wäre ein Neustart der Verhandlungen die beste Lösung – unter Einbeziehung der Bevölkerung und des Landtags.“ – Das betont LABg. Claudia Klimt-Weithaler. „Aus budgetären Nöten zustande gekommene Kürzungen werden der Bevölkerung wieder einmal als Reformen verkauft. Dabei sind Verbesserungen

dringend nötig – aber was uns die Landesregierung hier verkaufen will, bedeutet vor allem eine Einschränkung der Versorgung.“

Landeshauptmann Schützenhöfer und Landesrat Drexler lassen seit Jahren keinen Zweifel daran, dass sie extreme Maßnahmen bei der Gesundheitsversorgung vorbereiten. Die angekündigten Primärversorgungszentren werden nur zu einem sehr geringen Teil umgesetzt werden. Das ist seit dem Sommer klar, als Landesrat Drexler besorgniserregende Zahlen vorgelegt hat. Der Name „Leitspitäler“ ist zudem irreführend, weil sie alle anderen Spitäler ersetzen, nicht ergänzen.

Claudia Klimt-Weithaler: „Sollte die Regierung diesen radikalen Plan zur Entsorgung der öffentlichen medizinischen Versorgung tatsächlich umsetzen wollen, wird sie auf erheblichen Widerstand stoßen. Wir dürfen nicht zulassen, dass unser Gesundheitssystem ausgedünnt und ausverkauft wird.“

## Zusammenfassung der steirischen „Spitalsreform“

- Minus 800 Krankenhausbetten, Wegfall von Abteilungen und Spitälern fixiert, Ersatz unklar
- Mehrere 24-Stunden-Ambulanzen fallen weg
- Keine einzige zusätzliche Stelle für Allgemeinmedizin
- Abbau der Kassenstellen von Kinderärzten, obwohl die Versorgung mangelhaft ist
- Vorerst nur 11 statt der 100 angekündigten Gesundheitszentren (Primärversorgungszentren), obwohl mindestens 30 nötig wären, um ein Mindestmaß an medizinischer Versorgung zu garantieren.
- **Das gesamte Konzept beruht auf der Wunschvorstellung, der Bund und vor allem die GKK würden Kosten und Aufgaben, die bisher von der KAGes getragen wurden, zu einem großen Teil (mindestens 50 %) übernehmen. Es gibt aber keine Signale, dass dies auch nur ansatzweise Realität werden könnte.**

## So will die KPÖ das Gesundheitssystem verbessern:

- Der erste Schritt muss sein, im niedergelassenen Bereich die nötigen Strukturen aufzubauen

en, damit die Menschen eine sichere, medizinisch hochwertige, wohnortnahe Versorgung vorfinden. Eine Reduktion der stationären Versorgung darf nur dann erfolgen, wenn betroffene Einrichtungen erwie-senermaßen aus medizinischer Sicht nicht notwendig sind.

- Die Versorgung muss durch kassenfinanzierte Einrichtungen gesichert sein. Privat- und Wahlärzte dürfen nicht die Kassenärztinnen und -ärzte ersetzen.
- In Einzelordinationen kann vieles an Therapien und Diagnosen abgefangen werden. Es muss ein verbindlicher allgemeiner Versorgungskatalog für

die Primärversorgung definiert werden.

- Die Standorte müssen am Bedarf orientiert sein und nicht nur an der derzeitigen Inanspruchnahme.
- Die Umgestaltung des Gesundheitssystems muss offen, demokratisch und transparent diskutiert und umgesetzt werden, nicht von oben herab diktiert



## Krebsbehandlung: Gefährliche Unterversorgung

Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ): Lange Wartezeiten zeigen, dass Spitalsreform in die falsche Richtung geht

Der brisante Prüfbericht des Landesrechnungshofes stand am 10. April 2018 auf der Tagesordnung des steirischen Landtags. Der Bericht zählt zahlreiche Versäumnisse im Bereich der onkologischen Versorgung in der Steiermark auf. Die KPÖ drängte im Landtag auf eine transparente Warteliste und kürzere Wartezeiten.

An der Universitätsklinik für Strahlentherapie mussten rund 75 Prozent der Patientinnen und Patienten zum Teil eklatante Wartezeiten ab dem von der Klinik definierten letztmöglichen (!) Behandlungsbeginn hinnehmen. Bei den akut Erkrankten mussten sogar 95 % auf den tatsächlichen Behandlungsbeginn warten: Nach einem Soll-Zeitraum von drei Tagen betrug hier die Wartezeit bis zu 48 Tage.

Einer der Hauptkritikpunkte des Landesrechnungshofes ist die jahrelange Verzögerung der Einführung einer transparenten Warteliste für Krebserkrankte. Die KPÖ forderte im Juli 2017 in einem Antrag, eine solche Warteliste nach Wiener Vorbild einzuführen, SPÖ und ÖVP lehnten das aber ab. Deshalb erneuerte die KPÖ in der Landtagssitzung am 10. April die Forderung, diese schnellst möglich einzuführen und alle Möglichkeiten auszuschöpfen, drin-

gend nötige Therapien im Rahmen der Krebsbehandlung schneller durchzuführen. Der Antrag wurde mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP mehrheitlich abgelehnt. Zustimmung kam von der FPÖ und den Grünen.

Seit über 10 Jahren gibt es im Bereich der steirischen Spitalsgesellschaft KAGes mit dem EDV-System openMEDOCS ein leistungsfähiges Kommunikations- und Informationsnetzwerk, das alle Informationen bündelt. Seit 2015 wird ein Projekt zur Entwicklung eines „Wartezeiten-Berichtstools“ betrieben. Es befindet sich derzeit (2018!) immer noch in der ersten Phase. Nicht einmal die Umsetzung der gesetzlichen Verpflichtung nach § 20 StKAG wird derzeit damit erfüllt.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Offenbar ist der Landesregierung unangenehm, dass öffentlich wird, wie lange Patientinnen und Patienten auf eine Behandlung warten müssen. Der Bericht des Landesrechnungshofes zeigt deutlich, dass die steirische Gesundheitspolitik in die falsche Richtung geht. In vielen Bereichen haben wir in Wirklichkeit eine alarmierende Unterversorgung, keine Überversorgung, wie anlässlich der Spitalsreform immer wieder behauptet wird.“



Impressum/Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ Steiermark, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Verantw. Redakteur: Georg Fuchs, ebd., Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. (0316) 877 5102; Fax (0316) 877 5108. E-Mail: Itk@stmk.gvat // DVR: 0600008

**Offenlegung:** Infoblatt steirischer Landtag – Steirische Volksstimme – ist ein Druckmedium des Landtagsklubs der KPÖ Steiermark und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne des Kampfs der KPÖ Steiermark für soziale Gerechtigkeit.

Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.

# Automaten-Glücksspiel: Ausstieg der Steiermark in weite Ferne gerückt

Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ) forderte Ausstieg ab 2028 – SPÖ, ÖVP und FPÖ für neue Glücksspiel-Lizenzen

Am 10. April 2018 beschloss der steirische Landtag eine Novelle des Glücksspielgesetzes. Darin geht es vor allem um Anpassungen an EU-Recht, grundlegende Änderungen gibt es nicht. Die KPÖ nutzte die Debatte, um einen Ausstieg der Steiermark aus dem Automaten-Glücksspiel zum nächstmöglichen Zeitpunkt – das ist erst das Jahr 2028 – zu fordern. SPÖ, ÖVP und FPÖ legten sich aber schon heute fest, bis ins Jahr 2040 (!) Automaten zu genehmigen.

Dass das Automaten-Spiel tausende Existenzen ruiniert und den dahinter stehenden Konzernen Milliarden Gewinne verschafft, ist allgemein bekannt. Der Landtag hat in der vergangenen Periode trotzdem ein Gesetz beschlossen, das Spielsüchtigen beinahe unbegrenzte Einsätze erlaubt: Bis zu 36.000 Euro können in einer Stunde verspielt werden. Für dieses Gesetz haben SPÖ, ÖVP und FPÖ gestimmt.

Betroffen sind nicht nur Spielsüchtige, sondern auch deren Angehörige, für die kein gesetzlicher Schutz vorgesehen ist. KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler argumentierte im Landtag: „In den vergangenen Jahren habe ich immer wieder Frauen getroffen, die schon am zweiten Tag des Monats nicht wissen, wie sie den Kindern ein Essen auf den Tisch stellen sollen, weil das Einkom-

men bereits in Glücksspielautomaten gelandet ist. Weil diese Familien auf dem Papier über ein ausreichendes Einkommen verfügen, können sie auch keine finanzielle Hilfe bekommen. Das Argument der ‚Eigenverantwortung‘ geht hier ins Leere.“

Begründet wurde das äußerst liberale steirische Glücksspielgesetz mit der Notwendigkeit, ein legales Angebot zu schaffen. Das würde dem Wildwuchs ein Ende bereiten. Diese Erwartung hat sich nicht erfüllt. Neben den über 1000 legalen gibt es hunderte illegale Automaten von Aufstellern, die mit den Behörden Katz und Maus spielen. Es ist dringend notwendig, diesem Treiben ein Ende zu setzen. Bis 31.12.2027 gelten die Bewilligungen der drei legalen steirischen Anbieter. SPÖ, ÖVP und FPÖ legten sich bereits am 10. April 2018 fest, über das Jahr 2028 hinaus Bewilligungen für weitere 12 Jahre zu erteilen. Die Grünen unterstützen den Antrag der KPÖ.

Die KPÖ-Forderung, Maßnahmen zur Aufklärung und Prävention, die sich insbesondere an Jugendliche richten, bestmöglich zu unterstützen sowie für personelle Ressourcen zu sorgen, um die Behörden bei der Bekämpfung des illegalen Glücksspiels zu unterstützen, fand auch die Unterstützung von Grünen und FPÖ.

## KPÖ verlangt Veröffentlichung von „Geheimstudie“

Werner Murgg forderte Verkehrslandesrat Lang auf, den Landtag über Ergebnisse der Verkehrsstudie zu informieren.

Seit Ende April Wochen lag im Ressort von Verkehrslandesrat Lang (SPÖ) ein verkehrspolitisches Konzept für die Landeshauptstadt Graz vor. Über den Inhalt wurde Stillschweigen gewahrt, am 8. Mai erhielt der Landtag keine Informationen.

Offenbar, so KPÖ-LABg. Werner Murgg, traut sich Lang nicht, die Empfehlungen zu veröffentlichen, weil sie den Ausbau des ÖV und die Einschränkung des LKW- und PKW-Verkehrs nahelegen könnte. Tageweise Fahrverbote hingegen können – im Gegensatz zu einer Citymaut – eine gerechte Regulierung darstellen, wenn sie sinnvoll und vernünftig umgesetzt werden. Darum wird Graz auf langer Sicht nicht herkommen. Der mo-

torisierte Individualverkehr und Gütertransporte auf der Straße verursachen nicht nur Feinstaub, sondern auch Lärm, und sie ziehen einen enormen Flächenverbrauch mit sich.

„Der LKW-Verkehr gehört auf die Schiene, der ÖV muss leistbarer und besser werden, aber er ist ohne Alternative“, betont KPÖ-LABg. Werner Murgg. Verkehrslandesrat Lang (SPÖ) ist bisher einer Stellungnahme ausgewichen, zu welchen Ergebnissen die von ihm in Auftrag gegebene Studie kommt. „Entweder haben Sie die Studie gelesen und halten die Ergebnisse geheim. Oder Sie haben in zwei Wochen noch nicht hineingeschaut, das wäre aber ein klares ‚Nicht Genügend‘. Es wäre gut, den Landtag an Ihrem Wissen teilhaben zu lassen“, so Murgg in der Landtagssitzung am 8. Mai in Richtung Landesrat Lang.

## KOMMENTAR

KPÖ im Landtag

## Suchtbericht



Am 8. Mai wurde im Landtag der neue Suchtbericht für das Land Steiermark vorgelegt. Dieses Dokument ist eine wichtige Grundlage für den Umgang mit einem Thema, das uns als Landesparlament viel Verantwortung abverlangt.

Eine der am schnellsten wachsenden, aber kaum beachteten Suchtformen der letzten Jahrzehnte ist die Glücksspielsucht. Zahlen und Informationen werden punktuell geliefert, aber selten in einen größeren Zusammenhang gestellt. Zuletzt wurde 2007 eine Einschätzung gewagt. Von „60.000 bis 80.000 direkt oder indirekt betroffenen Personen in der Steiermark“ war damals die Rede – die Angehörigen sind da berücksichtigt, deren Leidensdruck oft genauso hoch ist wie jener der Spielsüchtigen selbst. Das ist eine beschämend hohe Zahl.

Danach ist nicht viel geschehen, um die Spielsucht ernsthaft zu bekämpfen. Zu gut leben manche vom Geschäft mit der Spielsucht, auch im Umfeld der Landespolitik. Das neue steirische Glücksspielgesetz ist seit Anfang 2016 in Kraft und es lässt so hohe Einsätze zu, dass Spielsüchtige in nur einer Stunde legal 36.000 Euro verspielen können.

Verschiedenen Medien war Anfang Mai zu entnehmen, dass das Land Steiermark Automatenbetreibern 760.000 Euro (!) an Abgaben erlässt. Es geht um die Zeit vor dem neuen Glücksspielgesetz. Das mag eine kleine Summe für das Landesbudget sein, aber es ist doch symptomatisch für die Verhättselung einer Industrie durch die Landespolitik, die so viel Schaden anrichtet, so viele Existenzen ruiniert und so wenig zum Gemeinwohl beiträgt.

Claudia Klimt-Weithaler,  
Klubobfrau der KPÖ im Landtag Steiermark

## KPÖ-Antrag umgesetzt: Steiermark bekommt endlich sozialtherapeutische Wohnplätze für Jugendliche

Der steirische Landtag hat beschlossen, für Kinder und Jugendliche mit psychischen oder psychiatrischen Erkrankungen 20 spezielle sozialtherapeutische Wohnplätze zu einzurichten. Damit wird ein Antrag der KPÖ umgesetzt.

Dabei geht es um Kinder und Jugendliche, bei denen mehrere Problemlagen zusammenkommen und die einen besonderen Unterstützungsbedarf aufweisen. KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler:

„Es ist sehr wichtig, dass in der Steiermark endlich der Bedarf an therapeutischen Wohnplätzen für erkrankte Kinder und Jugendliche anerkannt wird. Andere Länder sind uns da voraus, aber es ist erfreulich, dass Landesrätin Kampus unseren Vorschlag aufgegriffen hat und nun 20 Unterbringungsplätze schaffen will. Es ist auf jeden Fall eine wichtige Investition in die Zukunft von jungen Menschen, die sich in einer sehr schwierigen Situation befinden.“